Beschluss Europa sicherer machen

Gremium:	Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum:	26.03.2022
Tagesordnungspunkt:	6. Aktuelle Debatte

Antragstext

Wir stehen solidarisch an der Seite der Bürger*innen der Ukraine. Der mutwillige, völkerrechtswidrige und unentschuldbare russische Angriffskrieg ist entsetzlich. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg bereits gefordert hat und ihren Angehörigen.

Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriff auf Frieden, Demokratie und Freiheit in Europa. Die Bundesregierung hat mit aller diplomatischer Kraft versucht, diese Eskalation zu verhindern. Alle denkbaren nicht-militärischen und präventiven Versuche wurden unternommen, unzählige Gespräche und persönliche Besuche haben stattgefunden. Am Ende war es Putin, der die Gespräche abgebrochen hat und mit seinem Einmarsch gewalttätig Fakten schafft.

Mit diesem Angriff hat sich die europäische Sicherheitslage grundlegend verändert. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nicht verhandelbar, dass jedes Land ein Recht auf vollständige außenpolitische Souveränität und ein unabdingbares Recht auf Selbstverteidigung hat. Deutschland unterstützt die Ukraine daher nicht mehr nur humanitär, sondern auch bei der Ausstattung mit dringend gewünschtem Material, darunter Panzerabwehrwaffen und Boden-Luft-Raketen aus Beständen der Bundeswehr. Diese Unterstützung ist richtig.

Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV fordert fortwährende politische, wirtschaftliche, finanzielle und humanitäre Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine.

Gleichzeitig gilt unsere Solidarität und Unterstützung auch den mutigen Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die Frieden fordern und sich offen oder subtil gegen die Politik der russischen Regierung stellen und dafür verfolgt werden. Gerade jetzt ist es wichtig zu signalisieren, dass wir all diese Menschen mit offenen Armen begrüßen und ihnen Zuflucht vor der rücksichtslosen und brutalen Verfolgung des Putin-Regimes gewähren.

Darüber hinaus heißen wir all jene willkommen, die desertieren oder den Wehrdienst verweigern. Es ist keine Schande, sondern menschlich, vor Krieg zu flüchten.

Putin hat nicht nur die Ukraine angegriffen, sondern auch die europäische Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit. Wiederholt verschiebt der russische Präsident gewaltsam Grenzen in Europa. Im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Ukraine überzog Putin mehrere ost- und nordeuropäische Staaten mit weitreichenden Drohungen.

Wir sind solidarisch mit unseren osteuropäischen NATO- und EU-Partnern und tragen ihrem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis durch konkrete Maßnahmen im Rahmen dieser Bündnisse Rechnung. Hierzu zählt unter anderem die Verstärkung ziviler und militärischer Präsenz in den osteuropäischen Partnerstaaten.

Der Frieden in Europa ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Das hat Folgen für uns in Deutschland und in der EU. Wir sind somit gezwungen, unsere deutsche und europäische Außenpolitik zu diskutieren, um sie den neuen Realitäten anzupassen. Als Partei, deren Wurzeln auch in der Friedensbewegung liegen, streben wir eine Welt an, in der ab- und nicht aufgerüstet wird. Doch wir blicken nicht blind in diese Welt.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine macht deutlich, dass wir signifikant in unsere Sicherheit investieren müssen. Die Grundlage hierfür muss ein umfassendes Sicherheitsverständnis sein, das Resilienz und Krisenfähigkeit mit militärischen Fähigkeiten gemeinsam betrachtet.

Zurzeit wird deutlich, wie sehr die Bundeswehr unter dem jahrzehntelangen Missmanagement im Beschaffungswesen und im Verteidigungsministerium gelitten hat. Sie verfügt nicht über genügend Material, um sich voll handlungsfähig zu zeigen. Eine angemessene Ausstattung, z.B. mit Schutzausrüstung und Munition zur Gewährleistung der grundlegenden Verteidigungsfähigkeiten, sind überfällig. Deshalb begrüßen wir die aktuellen Bemühungen, Ausrüstungs- und Fähigkeitslücken zu schließen. Gleichzeitig muss das Beschaffungswesen dringend reformiert werden, damit investiertes Geld auch wirklich zu mehr Sicherheit führt.

Es liegt auf der Hand, dass eine Verbesserung der Ausrüstung und Ausstattung in enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnerländern erfolgen muss. Ausgaben müssen im europäischen Verbund besser miteinander abgestimmt werden, um in der gesamteuropäischen Verteidigung Lücken zu schließen und unnötige Doppelausgaben zu vermeiden.

Wir müssen uns als BÜNDNISGRÜNE zudem einer neuen Diskussion um die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU stellen.

Gleichzeitig ändert eine besser ausgestattete Bundeswehr für uns nichts am Primat der zivilen Außenpolitik und Krisenvorsorge. Daher müssen Diplomatie, humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz ebenfalls gleichberechtigt gestärkt werden. Auch die Cybersicherheit werden wir viel stärker in den Blick nehmen müssen. Bereits in der Vergangenheit haben Hackerangriffe hierzulande gezeigt, dass unsere Fähigkeiten in der Abwehr von Cyberattacken ungenügend sind.

Investitionen in die energiepolitische Unabhängigkeit bedeuten immer auch einen Gewinn an Sicherheit. Die Energiewende stärkt unsere Position und muss so schnell wie möglich vorangetrieben werden. Russlands Deviseneinnahmen aus dem Export fossiler Rohstoffe haben die russische Aufrüstung mit ermöglicht und finanzieren einen relevanten Anteil des Krieges gegen die Ukraine.

Die Energiepolitik der Großen Koalition war fehlgeleitet und führte unter anderem zu der heute sichtbaren Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland. Die neue Bundesregierung bringt nun zielgerichtete Maßnahmen auf den Weg, um so schnell wie möglich von Kohle, Öl, Gas wegzukommen und den Verbrauch schnell zu reduzieren. Energiesouveränität ist eine Frage der nationalen Sicherheit. Sie braucht eine nationale und europäische Kraftanstrengung. Auch auf Landesebene muss jetzt endlich die Handbremse bei den Erneuerbaren Energien gelöst werden. Mit zwei Prozent unserer Landesfläche für die Windkraft und einem Prozent für Solarenergie können wir innerhalb kürzester Zeit 100 Prozent Erneuerbare Energien in unserem Land realisieren.

Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Wochen Beachtliches geleistet, um die geflüchteten Menschen aus der Ukraine willkommen zu heißen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN danken allen haupt- und ehrenamtlich in der Hilfe engagierten Menschen. Jetzt gilt es, schnellstmöglich die Landesstrukturen für die Geflüchtetenaufnahme und Integration umfassend auszubauen.